



**Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen**

■ Städte- und Gemeindebund NRW • Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf

Postfach 10 39 52 • 40030 Düsseldorf
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 0211 • 4587-1
Telefax 0211 • 4587-291
E-Mail: info@kommunen.nrw
Internet: www.kommunen.nrw

Je besonders an die

1. Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
2. stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
3. ständigen Gäste

Aktenzeichen: G 10.2.007/003
Ansprechpartner:
Geschäftsführer Gerbrand
Referentin Ehlert
Durchwahl 0211 • 4587-241/-233

18. April 2019

**Niederschrift
über die
117. Sitzung des Ausschusses für Strukturpolitik und Verkehr
am 27. März 2019 in Nottuln**

I. Teilnehmer

1. Ordentliche Mitglieder:

HBM	Francken	Weeze
HBM	Kersting	Eslohe
RM	Lamprecht	Grefrath
HBMIn	Mahnke	Nottuln
Stv.BMin	Nick	Unna
Vorstandsvors. AöR	Rötters	Moers
BM	Sendermann	Olfen
Stv. BM	Störmer	Hamminkeln
HBM	Streffing	Sendenhorst
RM	Völkel	Erndtebrück
HBM	Zillikens	Jüchen

2. Stellvertretende Mitglieder:

RM	Diederichs-Späh	Kamen
RM	Henrichs	Stadtlohn
RM	Langenohl	Attendorn
FBL	Wulf	Beckum

3. Ständige Gäste

HBMIn	Dirks	Billerbeck
-------	-------	------------

4. Referenten:

Dipl.Ing	Kevin Jochum Markus Wessel	Deutsche Telekom AG ExperConsult
----------	-------------------------------	-------------------------------------

5. Geschäftsstelle:

Geschäftsführer Gerbrand
Referentin Ehlert

6. Vorsitz:

1. Vorstandsvorsitzender AÖR, Rötters, Moers

(Teilnehmerliste ist beigefügt **Anlage 1**)

II. Tagesordnung:

1. **Genehmigung der Niederschrift über die 116. Sitzung am 10. Oktober 2018 in Bad Driburg**
2. **Ergebnisse und Bewertung des Abschlussberichts der sog. Kohlekommission**
BE: Bürgermeister Harald Zillikens, Stadt Jüchen
Geschäftsstelle
3. **Thesenpapier des StGB NRW „Wirtschaftsförderung 4.0“**
BE: Dipl. Ing. Markus Wessel, ExperConsult, Dortmund
4. **Breitbandausbau und Verlegetechniken**
BE: Kevin Jochem, Deutsche Telekom AG
5. **Aktuelle Entwicklungen im Straßenausbaubeitragsrecht**
BE: Geschäftsstelle
6. **Abgestimmter Kooperationsvertrag mit der Deutschen Glasfaser**
BE: Geschäftsstelle
7. **Versteigerung der 5G-Frequenzen**
BE: Geschäftsstelle
8. **Aktuelle Entwicklungen zum Diesel-Skandal**
BE: Geschäftsstelle
9. **Verschiedenes**
 - EFRE-Strukturfonds 2014 - 2020
 - Stellungnahme zu einem Carsharing-Gesetz des Landes NRW
 - Stellungnahme zu einer Förderrichtlinie „Vernetzte Mobilität und Mobilitätsmanagement“
 - Stellungnahme zu einer Förderrichtlinie für den Wirtschaftswegebau
 - Ort und Zeit der nächsten Sitzung

III. Ergebnisse

Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende, Vorstand AÖR **Rötters**, Stadt Moers, sowie BMin **Mahnke**, Gemeinde Nottuln, begrüßen die Teilnehmer.

Zu TOP 1: Genehmigung der Niederschrift über die 116. Sitzung am 10. Oktober 2018 in Bad Driburg

Die Niederschrift über die 116. Sitzung des Ausschusses am 10. Oktober 2018 in Bad Driburg wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Ergebnisse und Bewertung des Abschlussberichts der sog. Kohlekommission BE: Bürgermeister Harald Zillikens, Stadt Jüchen Geschäftsstelle

BM **Zillikens**, Stadt Jüchen, stellt die gegenwärtige Situation und die künftigen Herausforderungen in Anbetracht des politisch beschlossenen schrittweisen Ausstiegs aus der Kohleverstromung im Rheinischen Revier dar.

Besonders problematisch sei, dass die betroffenen Kommunen aktuell kaum in Diskussionen und Maßnahmen eingebunden würden. Da die Kommunen die Bedarfe vor Ort aber am besten kennen würden, müssten endlich entsprechende Beteiligungsstrukturen geschaffen werden.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 2** beigefügt ist.

Geschäftsführer **Gerbrand** sieht in dem Abschlussbericht der Kohlekommission einen grundsätzlich gesellschaftsfähigen Konsens. Nunmehr gelte es, dessen Umsetzung eng zu begleiten. Hierfür habe der Verband gemeinsam mit betroffenen Bürgermeistern einen ersten Entwurf eines Forderungspapieres erstellt, welcher weiter fortentwickelt werden solle. Zudem würde es im Sommer eine Schwerpunktsitzung des Präsidiums zu diesem Themenkomplex geben. Eine stärkere Beteiligung der Kommunen, insbesondere in der sog. ZRR, sei besonders wichtig. Hierfür werde sich der Verband nachdrücklich einsetzen.

In der anschließenden Diskussion macht GF **Gerbrand** auf Nachfrage vom BM **Francken** deutlich, dass die Geschäftsstelle die Positionierung der Kohlekommission, bei künftigen Fördermaßnahmen auf einen kommunalen Kofinanzierungsanteil zu verzichten, ausdrücklich unterstütze. Außerdem prüfe man derzeit, inwieweit ein Sonderansatz im GFG für betroffene Kommunen umsetzbar sei, da ein großer Teil der Einkommens- und Gewerbesteuer durch den Kohleausstieg wegfallen würde.

Der Ausschuss fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Ausschuss sieht in den von der Kohlekommission vorgeschlagenen Maßnahmen eine Perspektive zur Bewältigung der struktur- und energiepolitischen Herausforderungen beim schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die zur Strukturentwicklung benötigten Finanzmittel müssen kurzfristig beschlossen und den betroffenen Kommunen im „Rheinischen Revier“ zeitnah zur Verfügung gestellt werden.“

Der Ausschuss begrüßt, dass die Kommission angesichts der Betroffenheit der Länder und Kommunen empfiehlt, auf eine Kofinanzierung zu verzichten und zudem bei EU-geförderten Maßnahmen Kofinanzierungsanteile auch aus Bundesmitteln zu ermöglichen. Zudem sollte in den Verhandlungen des Bundes mit RWE vertraglich sichergestellt werden, dass diese Mittel wieder im Rheinischen Revier reinvestiert werden.

Er spricht sich ferner dafür aus, dass die künftig zur Verfügung stehenden Mittel vom Rheinischen Revier auf der Basis eines eigenständigen regionalen Förderprogramms weitestgehend selbstbestimmt verwaltet und verausgabt werden können.

Für die zwingend erforderliche Planungssicherheit ist unverzüglich ein Maßnahmengesetz zu verabschieden, um Projekte im Bereich der Wirtschafts- und Innovationsförderung, des Infrastrukturausbaus sowie die Ansiedlung von Behörden und Forschungseinrichtungen schnellstmöglich realisieren zu können. Flankierend bedarf es entsprechender Umsetzungsprozesse auf der Ebene des Landes NRW, bei denen betroffene Kommunen umfassend einbezogen werden müssen.

Der Ausschuss stimmt dem von der Geschäftsstelle vorgelegten Eckpunktepapier über die zentralen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels im Rheinischen Revier zu und spricht sich dafür aus, diese Positionierung unter Einbeziehung und in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen stetig weiterzuentwickeln und zu verdichten.

Zu TOP 3: Thesenpapier des StGB NRW „Wirtschaftsförderung 4.0“

BE: Dipl. Ing. Markus Wessel, ExperConsult, Dortmund

Geschäftsführer Wessel, ExperConsult, stellt den Wandel der Arbeitswelten vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung dar und erläutert die Ergebnisse der vergangenen Sitzungen der Expertenrunde Wirtschaftsförderung.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 3** beigefügt ist.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss begrüßt, dass das Thesenpapier „Wirtschaftsförderung 4.0“ aktuelle digitale Entwicklungen in für Wirtschaftsförderungseinrichtungen relevanten Bereichen aufgreift und veranschaulicht. Das Papier kann somit wichtige Impulse für die Neuausrichtung oder – akzentuierung von kommunalen Wirtschaftsförderungen geben.

Die Geschäftsstelle wird gebeten, das Thesenpapier zu veröffentlichen.“

Zu TOP 4: Breitbandausbau und Verlegetechniken

BE: Kevin Jochum, Deutsche Telekom AG

Projektleiter **Jochum**, Deutsche Telekom AG, erläutert den Planungsprozess für Tiefbaumaßnahmen der Deutschen Telekom im Zuge der Verlegung von Glasfaserleitungen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Präsentation verwiesen, welche als **Anlage 4** beigefügt ist.

BM **Francken** hält es zur Akzeptanz alternativer Verlegemethoden für erforderlich, den Konsens mit den kommunalen Tiefbauämtern herzustellen. BM **Kersting** berichtet über Probleme beim Breitbandausbau mit der Deutschen Telekom, zu denen Projektleiter **Jochum** Stellung nimmt und Unterstützung anbietet. BM **Sendermann** macht deutlich, dass Deutschland beim Ausbau im internationalen Vergleich hinterherhinkt. BMin **Dirks** erläutert die kritische Haltung der Tiefbauämter gegenüber alternativen Verlegemethoden.

Zu Top 5: Aktuelle Entwicklungen im Straßenausbaubeitragsrecht

BE: Geschäftsstelle

Referentin **Ehlert** trägt zu den aktuellen Entwicklungen im Straßenausbaubeitragsrecht vor. Sie verweist u.a. auch auf die erfolgreich durchgeführten Seminare der Geschäftsstelle zu diesem Thema.

In der anschließenden Diskussion erläutert Referentin **Ehlert**, dass über eine aktuell laufende Haushaltsumfrage des Verbandes die vereinnahmten Beiträge in den Kommunen der vergangenen Jahre ermittelt würden.

BM **Francken** und BM **Kersting** lehnen ein kommunales Wahlrecht zur Erhebung der Beiträge entschieden ab und unterstützen die Position der Geschäftsstelle. RM **Völkel** stellt klar, dass die von der SPD-Fraktion genannten Zahlen zur Höhe der vereinnahmten Beiträge von IT.NRW stammen würden.

Zu TOP 6: Abgestimmter Kooperationsvertrag mit der Deutschen Glasfaser

BE: Geschäftsstelle

Referentin **Ehlert** stellt den abgestimmten Kooperationsvertrag mit der Deutschen Glasfaser vor. Die Geschäftsstelle konnte sich mit vielen Forderungen durchsetzen und somit ein tragfähiger Kompromiss bei zahlreichen Vertragsklauseln gefunden werden.

Zu TOP 7: Versteigerung der 5G-Frequenzen

BE: Geschäftsstelle

Referentin **Ehlert** berichtet über die Auktion der Bundesnetzagentur zur Vergabe der 5G-Frequenzen und die Position der Geschäftsstelle.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden einstimmigen Beschluss:

„Der Ausschuss hebt die besondere Bedeutung des Mobilfunkstandards 5G für den gesamten Wirtschafts- und Innovationsstandort Deutschland hervor, warnt aber vor einer digitalen Spaltung zwischen Stadt und ländlichem Bereich. Die Versorgungsaufgaben der Bundesnetzagentur müssen daher sicherstellen, dass der ländliche Raum angemessen mit 5G versorgt wird.

Spätestens bei der Vergabe neuer sogenannter Flächenfrequenzen in den frühen 2020er Jahren muss auf eine flächenbezogene - statt wie bisher haushaltsbezogene - Abdeckungsquote hingewirkt werden.“

Zu TOP 8: Aktuelle Entwicklungen zum Diesel-Skandal

BE: Geschäftsstelle

Referentin **Ehlert** erläutert die aktuellen gesetzlichen Initiativen auf Bundesebene zur Vermeidung bzw. Kontrolle von Diesel-Fahrverboten. Insbesondere zur automatisierten Kennzeichenerfassung habe die Geschäftsstelle eine kritische Haltung.

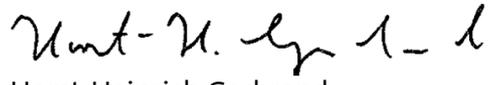
In der anschließenden Diskussion hebt StvBMin **Nick** hervor, dass Hardware-Nachrüstungen zwar gefordert, aber in der Praxis aufgrund technischer Probleme nicht unumstritten seien. GF **Gerbrand** berichtet von sowohl positiven wie negativen Erfahrungen hiermit.

Zu TOP 9: Verschiedenes

- EFRE-Strukturfonds 2014 - 2020
- Stellungnahme zu einem Carsharing-Gesetz des Landes NRW
- Stellungnahme zu einer Förderrichtlinie „Vernetzte Mobilität und Mobilitätsmanagement“
- Stellungnahme zu einer Förderrichtlinie für den Wirtschaftswegebau
- Ort und Zeit der nächsten Sitzung

Die Vorberichte zu „Verschiedenes“ werden ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung findet am **Mittwoch, den 13. November 2019** auf Einladung von BM Pospischil **in Attendorn** statt.


Horst-Heinrich Gerbrand


Cora Ehlert